



DRINGLICHES POSTULAT

Urheber	CVPO, durch Olivier Imboden, Le Centre, durch Anthony Lamon, SVPO, durch Bernhard Frabetti und CSPO, durch Frank Wenger
Gegenstand	Zu lange Wartezeiten bei der Dienststelle für Migration
Datum	08/05/2022
Nummer	2022.05.118

Aktualität des Ereignisses

Die Gesuche zur Erteilung der Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligungen können durch die Dienststelle für Migration nicht mehr effizient und in einem annehmbaren zeitlichen Rahmen bewältigt werden.

Unvorhersehbarkeit

Offensichtlich wird eine Reorganisation angestrebt, welche aber die Situation im Sommer massiv verschlechtern wird. Damit warten Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden noch länger als bislang auf die Erteilung der Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligungen.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Es ist innerhalb der Dienststelle dringend Manpower zu schaffen, damit die Dauer der Erteilung der Bewilligungen wieder auf eine annehmbare Frist von rund einem Monat reduziert werden kann. Fraglich ist auch, ob eine Reorganisation mit kurzfristig negativer Auswirkung, wirklich in jenen Monaten vollzogen werden soll, wo die Dienststelle sowieso schon überlastet ist.

Die Dauer zur Erteilung der Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligungen durch die Dienststelle für Migration ist mittlerweile ausserordentlich lang und kann nicht weiter akzeptiert werden. In früheren Jahren dauerte es schon auch mal ein bis zwei Monate bis eine Arbeitsbewilligung beim betreffenden Mitarbeiter eingetroffen ist. Nun hat sich die Situation aber dermassen verschlechtert, dass es nicht selten sieben und mehr Monate dauert, bis die Mitarbeiter über eine gültige Arbeitsbewilligung verfügen.

Für die ausländischen Mitarbeiter ist das ein unzumutbarer Zustand. Sie müssen teilweise monatlich beim Arbeitgeber oder der betreffenden Gemeinde nachfragen, wo die Bewilligung bleibt. Einige Arbeitgeber, vor allem auch die Lonza, verlangen die Vorweisung einer gültigen Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligung, sonst erhalten die Mitarbeiter keinen Einlass auf die Baustelle. Die betreffenden Mitarbeiter, geraten unter psychischen Druck, da sie ja nicht illegal in der Schweiz arbeiten möchten. Sie müssen nun bei der Gemeinde vorstellig werden, die ihnen dann bestätigt, dass die Unterlagen an die Dienststelle verschickt worden sind. Und hier bleiben leider die Unterlagen liegen. Für die Gemeinde bedeutet dies ein grosser administrativer Mehraufwand, den jede Gemeinde mittlerweile offen beklagt.

Als Arbeitgeber von rund 50 Mitarbeitern und rund 60 temporären Mitarbeitern mit einer Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligung ist dieser Zustand auch für mich unhaltbar. Die Dienststelle für Migration kann ihre Bürger-Dienste nicht in genügender Effizienz erfüllen. Das Thema ist innerhalb der Dienststelle erkannt. Es soll im Sommer eine Reorganisation erfolgen, um hoffentlich eine Effizienzsteigerung zu erreichen. Jedoch

ist schon heute klar (und das wurde auch schon kommuniziert), dass während dieser Reorganisation die Dauer der Erteilung der Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligungen, noch länger werden wird. Also werden die Mitarbeiter im Sommer noch länger warten müssen.

Wieso kann so eine Reorganisation nicht in den Wintermonaten erfolgen, wo die Dienststelle nicht dermassen überlastet ist?

Hier muss der Staat rasch eingreifen. Es kann nicht sein, dass durch eine angestrebte Reorganisation die Dauer der Erteilung der Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligungen statt massiv kürzer nun noch länger werden.

Schlussfolgerung

Wir fordern den Staatsrat auf, entsprechend Manpower innerhalb der Dienststelle zu stellen, damit die Dauer der Erteilung der Bewilligungen wieder auf eine annehmbare Frist von rund einem Monat reduziert werden kann. Eine Reorganisation darf nicht die Folge haben, dass - wenn auch nur kurzfristig - eine Verschlechterung eintritt.